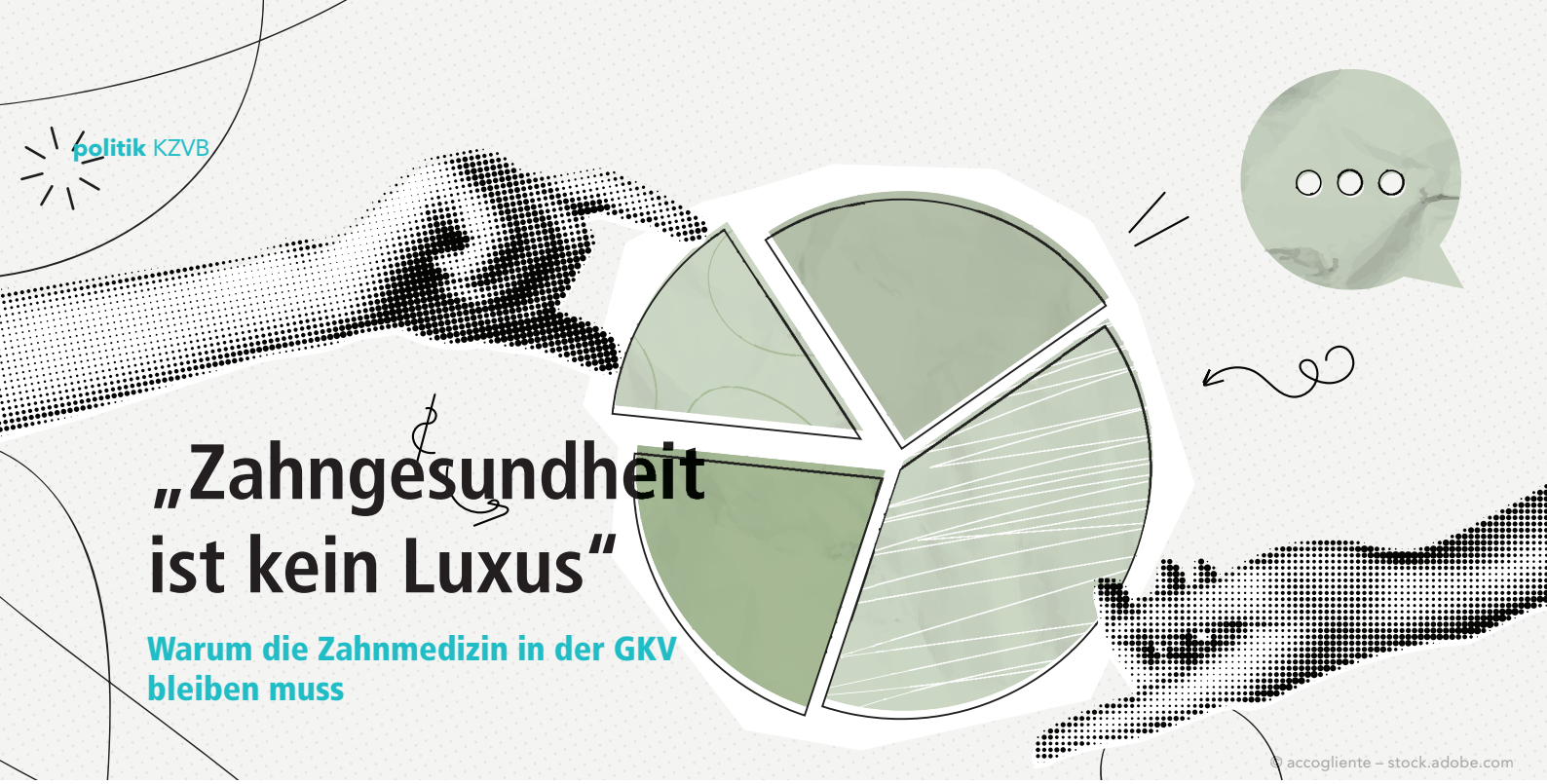


„Zahngesundheit ist kein Luxus“

Warum die Zahnmedizin in der GKV bleiben muss

© accogliente – stock.adobe.com

Die Forderung nach einer Auslagerung der Zahnmedizin aus der GKV, die der CDU-Wirtschaftsrat Anfang Februar erhoben hat, war leider kein Faschingsscherz. Wir fragten Politiker, Zahnärzte, Kassenvertreter und Gesundheitsökonomen, was sie von dieser Idee halten.

STAATSMINISTERIN JUDITH GERLACH (CSU)

„Die Zahnmedizin muss Teil der gesetzlichen Krankenversicherung bleiben. Gute Mundgesundheit darf keine Frage des Geldbeutels sein. Denn: Mund- und Zahngesundheit sind nicht nur elementar für Nahrungsaufnahme und Sprache, sondern auch von großer Bedeutung für die allgemeine Gesundheit und die soziale Teilhabe. Eine Ausgliederung zahnmedizinischer Leistungen aus der GKV würde den Zugang zur notwendigen Versorgung erschweren und soziale Ungleichheiten vertiefen. Zugleich leistet die Zahnmedizin viel im Bereich Prävention: Regelmäßige Untersuchungen und frühzeitige Therapien vermeiden komplexe Krankheitsverläufe und kostenintensive Folgekosten. Die solidarische Finanzierung innerhalb der GKV stellt sicher, dass Früherkennung und medizinisch notwendige Behandlungen flächendeckend innerhalb der Bevölkerung erbracht werden können. Vor diesem Hintergrund ist und bleibt die Zahnmedizin ein unverzichtbarer Bestandteil der gesetzlichen Krankenversicherung.“

© StMGP

© Susie Knoll

VERENA BENTELE, PRÄSIDENTIN DES SOZIALVERBANDS VDK DEUTSCHLAND

„Der Vorschlag, Zahnarztbesuche künftig nicht mehr von den gesetzlichen Krankenkassen übernehmen zu lassen, ist an Zynismus kaum zu überbieten. Ich übersetze das mal in Klartext: Wer braucht schon gesunde Zähne, wenn er mitten im Arbeitsleben ist? Der Vorstoß ist ein erneuter Angriff auf Normal- und Geringverdienende, für die Zahngesundheit keine Luxusleistung, sondern eine grundlegende Voraussetzung für Lebensqualität und Teilhabe am Arbeitsleben und an der Gesellschaft ist. Wir wollen keine Zustände wie in den USA, wo am Zustand der Zähne ablesbar ist, wer sich eine Behandlung leisten kann und wer nicht. Ich fordere vom Bundeskanzler ein Machtwort, um diese unselige Debatte zu beenden: Weisen Sie Vorschläge zum weiteren Abbau des Sozialstaates klar zurück und bekennen Sie sich öffentlich zu einem starken inklusiven Sozialstaat.“

BERNHARD SEIDENATH (CSU), VORSITZENDER DES GESUNDHEITSAUSSCHUSSES IM BAYERISCHEN LANDTAG

„Kein Vorschlag ist offenbar zu abwegig und abstrus, als dass ihn Medien nicht aufgreifen würden. Eigentlich ist es der Vorschlag des CDU-Wirtschaftsrates nicht wert, ihm eine Bühne zu bieten. Da er aber die Menschen verstört und der CDU-Wirtschaftsrat fälschlicherweise den Eindruck erweckt hat, er spräche im Namen der CDU, stellt der GPA kompromisslos klar: Zahnarztleistungen müssen und werden weiterhin zum Leistungskatalog der GKV gehören! Zahngesundheit ist elementarer Bestandteil der Gesundheitsversorgung: mit Therapie, Gesunderhaltung und Prävention! Um die GKV-Finanzen zu stabilisieren, ist es nicht die Zeit für unabgestimmte Vorschläge, sondern für eine große Runde aus ALLEN Beteiligten: Leistungserbringern, Krankenkassen, Wissenschaft und Politik. Zahnarztleistungen aus der GKV auszunehmen, würde unser solidarisches Krankenversicherungssystem in seiner Existenz gefährden. Wir wollen aber das Solidarsystem nicht schwächen, sondern stärken! Der Wirtschaftsrat hat hier leider Vertrauen zerstört. Zahnmedizin muss selbstverständlich Kassenleistung bleiben!“

© Bernhard Seidenath

© SPD Bayern

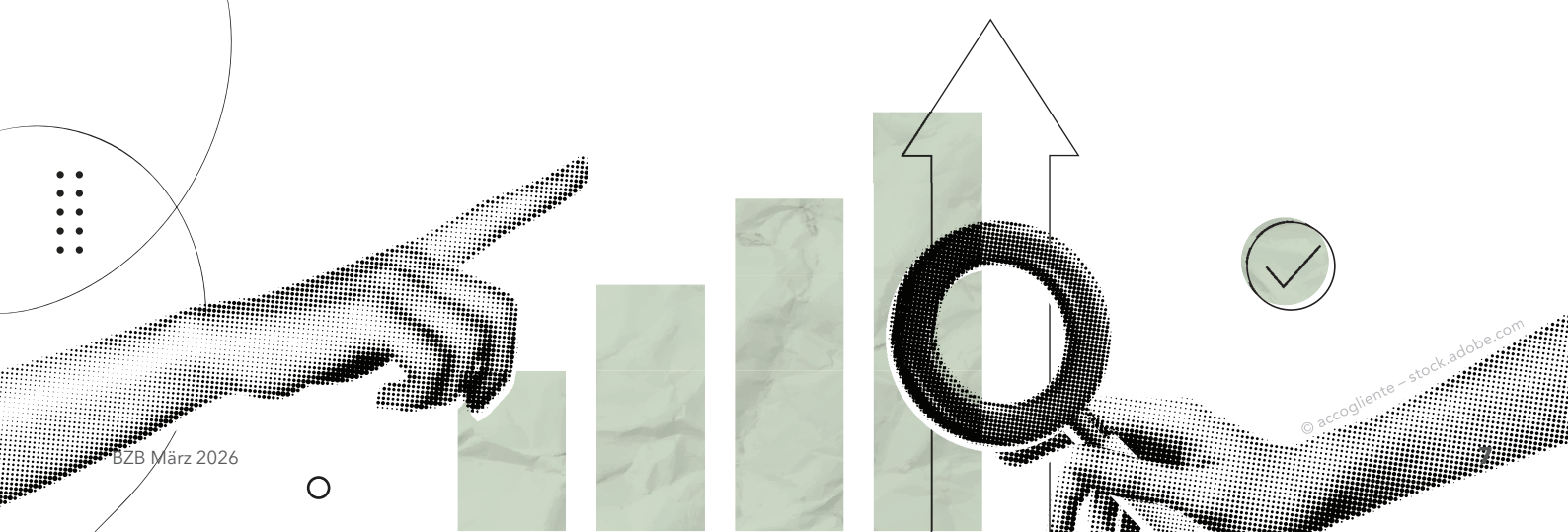
RUTH WALDMANN (SPD), SPRECHERIN FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND PRÄVENTION DER SPD-FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG

„Eine Kürzung bei den Leistungen für die Zahnmedizin fände ich geradezu schäbig. Das wäre weder gesundheitlich noch sozial oder ökonomisch sinnvoll. Es kann nicht sein, dass die Defizite in unserem Gesundheitssystem am Ende diejenigen ausbaden müssen, die ohnehin am stärksten belastet sind. Wir müssen die medizinische Versorgung und Finanzierung zukunftsfest machen und dürfen sie nicht einfach verschlechtern!“

DR. CHRISTIAN PFEIFFER, VORSTANDSVORSITZENDER DER KASSENÄRZTLICHEN VEREINIGUNG BAYERNS

„Zahngesundheit ist kein kosmetischer Luxus, sondern ein zentraler Bestandteil der medizinischen Grundversorgung. Erkrankte Zähne oder entzündetes Zahnfleisch können gravierende Folgen für den gesamten Körper haben – bis hin zu schweren Komplikationen wie Herzklappenschäden durch eingeschleppte Keime. Deshalb muss die zahnmedizinische Versorgung selbstverständlich Teil der gesetzlichen Krankenversicherung bleiben.“

© SKVB/Nadine Stegemann



© accogliente – stock.adobe.com

DR. IRMGARD STIPPLER, VORSTANDSVORSITZENDE DER AOK BAYERN

„Zahnmedizin ist kein ‚Zusatz', sondern ein elementarer Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung der Menschen. Mundgesundheit beeinflusst die Allgemeingesundheit nachweislich – von Herz-Kreislauf-Erkrankungen bis Diabetes. Wer zahnmedizinische Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung ausgliedern will, verkennt die Bedeutung für die Gesundheit der Menschen und riskiert obendrein unnötige Folgekosten im Gesamtsystem. Einsparungen an dieser Stelle wären daher weder nachhaltig noch wirtschaftlich. Die Stärke der GKV liegt gerade in ihrer solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung und der konsequenten Präventionsorientierung. Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen, frühzeitige Behandlungen und Aufklärung sichern mehr gesunde Lebensjahre und vermeiden schwere Krankheitsverläufe. Eine gute Zahnversorgung darf deshalb keine Frage des Einkommens sein. Sie gehört dauerhaft und verlässlich in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung."

© AOK

© BKK Landesverband Bayern

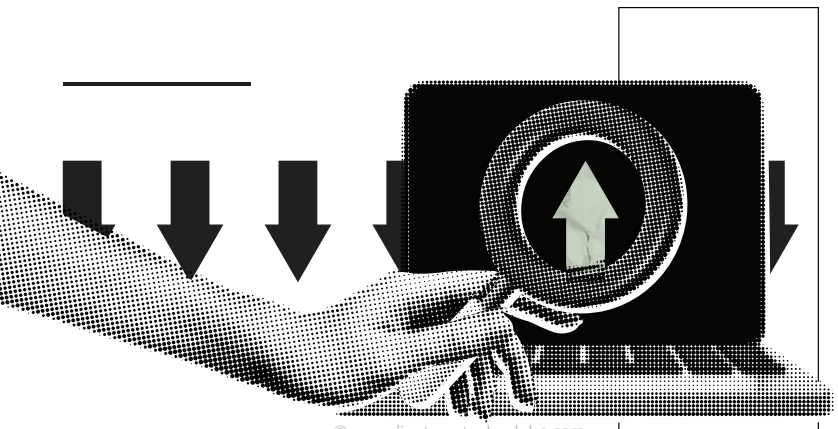
DR. RALF LANGEJÜRGEN, VORSTAND BKK LANDESVERBAND BAYERN

„Zahnmedizin ist zu Recht fester Bestandteil im Leistungskatalog der GKV, weil gesunde Zähne wesentlich für die Gesundheit eines Menschen sind. Der Grundsatz ‚Prävention vor Kuration' gilt bei der Zahngesundheit ganz besonders, denn Vorsorge und Eigenverantwortung der Versicherten zeigen direkt Wirkung. Als Betriebskrankenkassen ist es nicht nur unser gesetzlicher Auftrag, sondern weiterhin unser Anspruch, die Versicherten auf beiden Ebenen zu unterstützen."

THOMAS HACKENBERG, LEITER DER VDEK-LANDESVERTRETUNG BAYERN

„Aus medizinischer wie auch sozialer Sicht geht der Vorschlag in die völlig falsche Richtung. Eine verlässliche zahnmedizinische Versorgung ist für die allgemeine körperliche und geistige Gesundheit unverzichtbar und muss daher fester Bestandteil des Leistungskataloges der gesetzlichen Krankenversicherung bleiben. Statt über Leistungskürzungen zu diskutieren, brauchen wir strukturelle Reformen, die das System nachhaltig stabilisieren und die Ausgaben im Gesundheitswesen wirksam begrenzen."

© Georg Johannes Lopata/axentis.de



© accogliente – stock.adobe.com

PROF. DR. ANDREAS BEIVERS, GESUNDHEITSÖKONOM

„Wird die Zahnmedizin vollkommen privatisiert, werden primär sozial schwächere Gruppen keinen adäquaten Versicherungsschutz – und somit Zugang zu zahnmedizinischer Versorgung – erhalten. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass jede Form der Bedarfsplanung bei einer Beendigung der solidarischen Absicherung via die KZVen als Körperschaften entfallen würde und sich Praxen dann verständlicherweise aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen heraus dort ansiedeln, wo die Kaufkraft und der Versicherungsschutz für die angebotenen Leistungen in der Form vorliegt, dass Praxen kostendeckend betrieben werden können. In den Regionen mit primär sozial schwachen Risikogruppen wird dadurch sowohl nachfrage- als auch angebotsseitig eine Unterversorgung entstehen. Dies widerspricht jedoch dem Primat der gleichwertigen Lebensverhältnisse (Art. 72 Abs. 2 GG).“

© privat

© KZVB

DR. RÜDIGER SCHOTT, VORSITZENDER DES VORSTANDS DER KZVB

„Solche Diskussionen sind fatal in einer Zeit, in der die Niederlassungsbereitschaft immer weiter zurückgeht. Wir bemühen uns nach Kräften, diesem Trend entgegenzuwirken. Aber wenn die Zukunft der Zahnmedizin in der GKV öffentlich infrage gestellt wird, werden sich noch mehr junge Kolleginnen und Kollegen für die sichere Anstellung entscheiden. Die Suche nach einem Nachfolger wird dann noch schwieriger, die Versorgungslandschaft dünnt sich weiter aus. Von einem Praxissterben sind übrigens auch Privatversicherte und Selbstzahler betroffen. Was weg ist, ist weg.“

DR. MARION TEICHMANN, STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DES VORSTANDS DER KZVB

„Die Vorschläge des Wirtschaftsrates sind an Zynismus nicht zu überbieten. Einerseits will man die Zahnmedizin privatisieren, was viele Menschen finanziell überfordern würde. Andererseits ist die Lobbyorganisation auch gegen eine Zuckersteuer. Billige Gummibärchen, teurer Zahnarztbesuch: So kann man die Erfolge, die wir bei der Verbesserung der Mundgesundheit erreicht haben, binnen kürzester Zeit zunichtemachen. Ich habe fast den Eindruck, der Wirtschaftsrat nimmt in Kauf, dass man den Sozialstatus der Menschen wieder am Gebiss erkennt.“

© KZVB

© KZVB

DR. JENS KOBER, MITGLIED DES VORSTANDS DER KZVB

„Eines muss klar sein: Die Forderung des Wirtschaftsrates richtet sich weniger gegen die Zahnärzte als gegen die Patienten. Wenn Alterspraxen ohne Nachfolger schließen, wird die zahnmedizinische Versorgung ein knappes Gut, die Preise steigen. Das zeigt der Blick nach Großbritannien oder in die USA, wo man für Füllungen und Zahnersatz deutlich mehr bezahlt als in Deutschland. Ich wage zudem die Prognose, dass die Nachfrage nach KCH-Leistungen binnen kürzester Zeit enorm ansteigen würde, weil viele Patienten aus Kostengründen nicht mehr zu Vorsorgeuntersuchungen kommen würden.“